



### Presseschau vom 08.09.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Natalia Pawlowa: Das große US-Gasspiel gegen Europa**

Der US-Krieg gegen Nord Stream 2 zielt darauf ab, die europäische Wirtschaft zu zerstören und Europa wettbewerbsunfähig zu machen. Das Hauptziel der Vereinigten Staaten ist, die Kombination deutscher Technologie mit russischen Ressourcen zu verhindern. Experten sprechen über die Gaskriege von gestern und heute. ...

<https://sptnkne.ws/D96S>

#### **deutsch.rt.com: Bolivien: Gericht verbietet Ex-Staatschef Evo Morales Kandidatur für Senat**

Rund fünf Wochen vor den Wahlen in Bolivien hat ein umstrittenes Gerichtsurteil die Hoffnungen von Evo Morales auf einen Sitz im Senat durchkreuzt. Der frühere Präsident bezeichnete das Urteil als politisch motiviert und verfassungswidrig. Seine Gegner begrüßten die Entscheidung. ...

<https://de.rt.com/2a4c>

#### **deutsch.rt.com: Lawrow in Syrien: Russland macht Front gegen Caesar-Act der USA**

Bei einem Besuch des russischen Außenministers in Damaskus sagte Baschar al-Assad, die Beziehungen beider Länder sollten im Bereich der Wirtschaft intensiviert werden. Syriens Wirtschaft hat im Bürgerkrieg stark gelitten und bekommt zusätzlich neue US-Sanktionen zu spüren. ...

<https://de.rt.com/2a4a>

**Liudmila Kotlyarova: „Nowitschok“-Befund zu Nawalny an Russland übergeben? BMVg und Charité antworten Sputnik**

Der größte Haken im Fall Nawalny dürften bisher die Beweise für die Vergiftung des Kreml-Kritikers mit dem Nowitschok-Nervengift sein. Während Berlin auf Aufklärung des Falls durch Moskau pocht, fordern die russischen Beamten Berlin auf, diese Beweise vorzulegen. Sputnik fragte beim Bundesverteidigungsministerium sowie bei der Charité nach.

<https://sptnkne.ws/D9RE>

**abends/nachts:**

**de.sputniknews.com: Lawrow nennt Faktor von Einigung zwischen Russland, Türkei und Iran**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow kennt den Faktor einer Einigung zwischen Russland, der Türkei und dem Iran. „Das ist das gemeinsame Bestreben, das libysche Szenario in Syrien und im Irak nicht zuzulassen“, erklärte er am Montag in Damaskus. In der syrischen Hauptstadt traf sich der russische Chefdiplomat mit Landespräsident Baschar al-Assad und Außenminister Walid Muallem und gab anschließend eine Pressekonferenz.

**Lawrow lobt Astana-Format**

„Das Astana-Format basiert auf der Achtung von Souveränität, Unabhängigkeit und territorialer Integrität der Syrischen Arabischen Republik ausgehend vom Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Landes. Dabei sind jegliche Versuche unzulässig, separatistische Stimmungen zu schüren, insbesondere von außen“, betonte Lawrow.

**Bürgerkrieg in Syrien**

Der Konflikt im Bürgerkriegsland Syrien dauert seit 2011 an. 2017 wurden in der kasachischen Hauptstadt Astana (jetzt Nur-Sultan) Verhandlungen zwischen den interessierten Parteien aufgenommen. Im Januar 2018 fand in Sotschi an der russischen Schwarzmeerküste ein Kongress des syrischen Nationalen Dialogs statt. Es handelt sich um einen ersten Versuch seit dem Ausbruch des Konflikts, Vertreter aller daran beteiligten Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen.

Das wichtigste Ergebnis des Kongresses war die Entscheidung über die Bildung eines Verfassungsausschusses, der seine Tätigkeit in Genf aufgenommen hat. Sein Hauptanliegen ist die Vorbereitung einer Verfassungsreform in Syrien.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/07/327894345\\_0:71:2064:1188\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_417c49279cd556b95d575552fb2180dc.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/07/327894345_0:71:2064:1188_1000x0_80_0_1_417c49279cd556b95d575552fb2180dc.jpg)

de.sputniknews.com: **Wegen Situation um Nawalny – Trump spricht sich für Stopp von Nord Stream 2 aus**

Der US-Präsident Donald Trump wird nach eigenen Angaben den Stopp des Nord Stream 2-Projekts wegen der Situation um den russischen Regierungskritiker Alexej Nawalny unterstützen.

„Natürlich. Ich habe das unterstützt. Ich war der Erste, der so etwas vorgeschlagen hatte“, antwortete Trump auf eine diesbezügliche Frage der Journalisten.

Am vergangenen Samstag hatte das amerikanische Staatsoberhaupt mitgeteilt, dass er keine Beweise für die mögliche Mitwirkung Russlands an der „Vergiftung“ von Alexej Nawalny habe, allerdings werde er „sehr verärgert“ sein, falls man dies bestätige.

Die Situation um Nord Stream 2 wird durch den Vorfall mit Nawalny verkompliziert, nachdem einige deutsche Politiker gegen die Initiative aufgetreten sind. Dabei gilt Deutschland weiter als Anhänger des Gaspipeline-Projekts.

Nach Angaben des Regierungssprechers Steffen Seibert schließt die Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht mehr aus, dass die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 von möglichen Sanktionen gegen Russland betroffen sein könnte. Wie Seibert am Montag in Berlin mit Blick auf mögliche EU-Reaktionen auf den angeblichen Giftanschlag auf Alexej Nawalny sagte, schließe sich die Bundeskanzlerin den Äußerungen des Außenministers Heiko Maas an, der forderte, der Kreml solle bei der Aufklärung des Falls mitwirken.

Zugleich erinnerte Seibert daran, dass die Bundeskanzlerin ständig gesagt habe, die beiden Themen müssten abgekoppelt bleiben. ...

**vormittags:**

de.sputniknews.com: **EU-Chefdiplomat verurteilt politische Verfolgung in Weißrussland**

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erwartet von den weißrussischen Behörden, dass sie in Belarus Festnahmen aus politischen Gründen einstellen sowie die demokratischen Grundrechte des belorussischen Volkes einhalten werden. Das sagte er in einem Statement am Montag.

„Wir verurteilen nachdrücklich die anhaltenden willkürlichen und unbegründeten Festnahmen und Inhaftierungen aus politischen Gründen in Belarus, die seit Beginn der Präsidentenwahlkampagne stattgefunden haben“, hieß es.

Es sei klar, dass die staatlichen Behörden in Belarus ihre Bürger weiterhin auf gesetzwidrige Weise eingeschüchtert oder erlaubt hätten, sie einzuschüchtern, und sowohl die nationalen Gesetze als auch internationale Verpflichtungen grob verletzt hätten, so Borrell.

Die EU erwarte von den weißrussischen Behörden, dass sie die sofortige Freilassung aller aus politischen Gründen inhaftierten Personen vor und nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen vom 9. August sicherstellen.

Borrell weist zudem darauf hin, dass die Zivilgesellschaft sowie Subjekte, die die Zukunft von Belarus besprochen hätten, einschließlich Mitglieder des Koordinierungsrats, vor Einschüchterung, gewaltsamen Festnahmen und Gewalt geschützt werden müssten.

„Wir erwarten, dass die Behörden die politische Verfolgung stoppen und sich für einen inklusiven nationalen Dialog engagieren, unter voller Einhaltung der demokratischen Grundrechte des belorussischen Volkes.“

Am Montag teilte der Pressedienst des Koordinierungsrates der weißrussischen Opposition mit, dass sich drei Vertreter des Verbandes seit einiger Zeit nicht mehr gemeldet hätten.

Vermisst werden das Mitglied des Präsidiums des Koordinierungsrates, Maria Kolesnikowa, der Exekutivsekretär Iwan Krawzow und der Pressesprecher Anton Rodnenkow.

Die Anwälte seien auf der Suche nach ihnen, sie hätten Anfragen an das Innenministerium

und den KGB geschickt. Die Behörden teilten mit, sie würden über keine Informationen hinsichtlich der Inhaftierung dieser Oppositionellen verfügen.

Einige weißrussische Medien berichteten zuvor unter Verweis auf Augenzeugen, dass Kolesnikowa im Zentrum von Minsk von Unbekannten entführt worden sei. ...



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32608/40/326084093\\_114:101:3105:1719\\_1000x080\\_0\\_1\\_3a8d93c234d97e675c73b20109edbc0b.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32608/40/326084093_114:101:3105:1719_1000x080_0_1_3a8d93c234d97e675c73b20109edbc0b.jpg)

### **wpered.su: In Donezk fanden Festveranstaltungen aus Anlass des Tags der Befreiung des Donbass statt**

Vom 4. bis 7. September fanden in Donezk Festveranstaltungen aus Anlass des Tags der Befreiung des Donbass statt. Daran nahmen Vertreter der KP der DVR, der Union sowjetischer Offiziere und Befreier des Donbass teil, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Im Petrowskij-Bezirk beteiligten sich Kommunisten an der Einweihung des restaurierten Denkmals für die in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges Gefallenen. Sie legten Blumen an den Fuß des Denkmals und besuchten einen von örtlichen Schülern dargestellten Kampf gegen die faschistischen deutschen Besatzer. Danach fand eine Zeremonie zur Übergabe von militärischen Auszeichnungen und Gedenkmedaillen statt.

Festveranstaltungen fanden in den frontnahen Schulen Nr. 87, 106 und 114 statt. Aus Anlass des Tages der Befreiung des Donbass sangen die Schüler Lieder, führten Tänze auf, führten thematische Treffen durch.

In Luganskoje wurden Blumen am Denkmal für die in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges Gefallenen niedergelegt. Daran nahmen örtliche Schüler, Vertreter der Dorfverwaltung, der Kommunistischen Partei der DVR, der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass teil.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/09/Donbass-5.jpg>

**belta.by: Rodnenkow, Krawzow und Kolesnikowa versuchten, das Gebiet von Belarus zu verlassen – Grenzdienst**

Die Mitglieder des sogenannten Koordinierungsrates Anton Rodnenkow, Iwan Krawzow und Maria Kolesnikowa versuchten, das Gebiet von Belarus zu verlassen. Diese Informationen wurden einem BelTA-Korrespondenten vom Staatlichen Grenzdienst bestätigt.

„Anton Rodnenkow, Iwan Krawzow und Maria Kolesnikowa versuchten am 8. September gegen 4:00 Uhr morgens, das Gebiet von Belarus durch den internationalen Straßenkontrollpunkt ‚Alexandrowka‘ an der belarussisch-ukrainischen Grenze zu verlassen. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Infrastruktur des Kontrollpunkts und des Durchgangs der Staatsgrenze wurde in diesem Abschnitt die Sicherheit der Staatsgrenze gestärkt und zusätzliche Grenzpatrouillen durchgeführt.“, sagte Anton Bytschkowskij, ein offizieller Vertreter des Grenzdienstes. „Rodnenkow, Krawzow und Kolesnikowa passierten die Zollgrenzkontrolle in einem BMW-Auto und bewegten sich in Richtung Ukraine. Kolesnikowa befand sich außerhalb des Fahrzeugs. Tatsächlich wurde sie aus dem Fahrzeug gedrängt und bewegte sich weiter in Richtung Ukraine.“

Anton Bytschkowskij fügte hinzu, dass Rodnenkow und Krawzow das Territorium von Belarus verließen und auf der anderen Seite ankamen. Kolesnikowa sei derzeit inhaftiert.

**telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 7. September wurde ein Feuerangriff von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine registriert:**

**15:30 Uhr aus Nowotoschkowskoje in Richtung Golubowskoje: großkalibriges Maschinengewehr (3 Schüsse).**

**Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.**

**de.sputniknews.com: Vermisste Oppositionelle Kolesnikowa an der Grenze zeitweilig festgenommen – weißrussischer Sender**

Die oppositionelle Politikerin Maria Kolesnikowa, die seit Montagvormittag vermisst wird, ist nach Angaben des Fernsehsenders „Belarus 1“ in der Nacht zum Dienstag an der Grenze zur

Ukraine festgenommen worden.

Zwei weitere Oppositionelle, zu denen am Montag der Kontakt verloren gegangen war, konnten demnach die Grenze erfolgreich überqueren. Nach ihnen werde in Zusammenarbeit mit der ukrainischen Grenzpolizei gefahndet.

„Ihre Kollegin Maria Kolesnikowa versuchte, das Territorium von Weißrussland rechtswidrig zu verlassen, wurde aber an der Grenze festgenommen“, hieß es.

Zugleich sagte ein Vertreter des Grenzschutzkomitees von Weißrussland gegenüber RIA Novosti, dass alle drei Oppositionsmitglieder die Grenze erfolgreich überquert hätten. Dies bestätigt auch die Staatsagentur Belta – nach einer vorübergehenden Festnahme habe Kolesnikowa dennoch ausreisen können.

Die drei Mitglieder des Koordinierungsrates der weißrussischen Opposition – Maria Kolesnikowa, Anton Rodnenkow und Iwan Krawzow – verschwanden am Montag, einen Tag nach einer neuen Großdemo gegen den regierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko. Nach Einschätzung des Koordinierungsrates wurden sie im Zentrum von Minsk entführt. Familienangehörige von Kolesnikowa gaben eine Vermisstenanzeige bei der Polizei auf.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/10/327719812\\_0:137:2904:1708\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_d66996e4c79a54317b525effa9620cd0.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/10/327719812_0:137:2904:1708_1000x541_80_0_0_d66996e4c79a54317b525effa9620cd0.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 07. September 3:00 Uhr bis 08. September 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verstöße von Seiten der BFU 3.

Richtung Donezk: automatische Granatwerfer – 1 mal (2 Granaten); Schusswaffen – 1 mal.  
Richtung Mariupol: Schusswaffen – 1 mal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

**Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Spartak, Sachanka.**

Außerdem wurden folgende Fälle von Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feuereinstellung festgestellt:

- Um 8:20 Uhr war die Durchführung technischer Arbeiten und die Detonation von zwei technischen Sprengsätzen auf den Positionen der BFU im Gebiet von Nowoselwoka Wtoraja zu beobachten;

- Um 10:20 Uhr war im Gebiet von Bogdanowka die Durchführung technischer Arbeiten durch vier Personen festzustellen.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

deu.belta.by: **Opposition in Belarus versucht, orangene Revolution zu wiederholen**

Die Opposition in Belarus versucht die orangene Revolution zu wiederholen. Diese Meinung sprach der ukrainische Politologe und Philosoph Michail Minakow aus.

„Die Opposition in Belarus versucht die orangene Revolution zu wiederholen. Belarus unterscheidet sich stark von der Ukraine. Die Bevölkerung ist viel reicher, die sozial-wirtschaftliche Gleichheit ist viel höher. Das sind Proteste wohlhabender Menschen. Die Belarussen haben viel zu verlieren“, sagte Michail Minakow.

Ihm zufolge versucht ein Teil europäischer Analysten, insbesondere aus Frankreich und Italien, Vergleiche zwischen den Ereignissen und dem arabischen Frühling zu ziehen. Der ukrainische Politologe erinnerte an die Folgen. „Die Menschen haben nicht mehr Freiheit erhalten. Der arabische Frühling führte unter anderem zu Bürgerkriegen und Selbstvernichtung bestimmter politischer Gemeinschaften“, hob er hervor.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000022\\_1599551340\\_52505\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1599551340_52505_big.jpg)

Lug-info.com: **In der LVR sind am 8.9.20 um 9:00 Uhr 741 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.**

Davon sind 635 nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.  
Seit Beginn der Pandemie gibt es 20 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Nato-Länder rüsten sich für Seeoperation im Hohen Norden**

Die Seestreitkräfte mehrerer Nato-Länder werden im Hohen Norden eine Operation durchführen, um ihre Treue zur Freiheit der Schifffahrt zu zeigen. Das geht aus einer Mitteilung der britischen Marine hervor.

An der Seeoperation unter britischer Befehlsführung werden die Fregatte „Sutherland“ vom Typ 23 und der Tanker RFA „Tidespring“ des Vereinigten Königreichs teilnehmen. Eingesetzt werden auch der amerikanische Zerstörer „USS Ross“ vom Typ „Arleigh Burke“ und die norwegische Fregatte „Thor Heyerdahl“ mit Unterstützung eines dänischen Patrouillenflugzeuges.

„Großbritannien, die USA, Dänemark und Norwegen kooperieren mit dem Ziel, unsere Einsatzbereitschaft im Hohen Norden zu erhöhen und die Stabilität in der Region zu stärken, die eine lebenswichtige Bedeutung für die Interessen Großbritanniens hat“, heißt es in der Mitteilung der britischen Flotte.

Bei der Operation handelt es sich um eine Fortsetzung der im Mai gestarteten Manöver, bei denen in der Barentssee die britische Fregatte HMS „Kent“ eingesetzt war.

Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu erklärte in der vergangenen Woche, das Bestreben der Nato, ihre Stärke zu demonstrieren und dabei die Intensität der

Aufklärungsaktivitäten der Nato an den Grenzen Russland zu erhöhen, rufe Besorgnis bei Moskau hervor.

Das russische Außenministerium hatte im Juli darauf verwiesen, dass die Nato-Länder Vorwürfe gegen Russland wegen einer „Militarisierung“ der Arktis nutzten, um ihr Militärpotenzial dort aufzustocken.

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte in einem Interview mit der „Welt“, dass Moskau in der Arktis aktiv sei, seine Präsenz im Mittelmeerraum verstärke und russische Truppen in unmittelbarer Nähe zu den Nato-Grenzen stationiert seien. Das russische Außenministerium tat diese Behauptungen als der Logik und dem gesunden Menschenverstand widersprechend ab. Denn es sei nicht das russische Außenministerium, „das sich der Nato annähert, sondern die Nato dehnt sich konsequent aus und bewegt sich in Richtung unserer Grenzen“.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32705/03/327050382\\_0:76:1001:617\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_52b31f1f7a3602eef6266e886f7f352c.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32705/03/327050382_0:76:1001:617_1000x0_80_0_1_52b31f1f7a3602eef6266e886f7f352c.jpg)

**Mzdnr.ru: Am 7. September wurden in der DVR 13 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert, davon einer bei einer aus der Ukraine eingereisten Person.**

In den letzten 24 Stunden wurden 20 Personen nach zweifachem negativen Test als gesund entlassen.

Außerdem gab es drei Todesfälle – Männer im Alter von 90 und 66 Jahren und eine Frau im Alter von 90 Jahren.

Am 8. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2699 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1210 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1338 als gesund entlassen, es gibt 151 Todesfälle. Zum Stand am 8. September wurden Coronavirusinfektionen bei 127 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

**deu.belta.by: Andrejtschenko: Belarus betreibt unabhängige Außenpolitik für Frieden und stabile Entwicklung**

Der Vorsitzende der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung von Belarus Wladimir Andrejtschenko nahm an der 41. Interparlamentarischen ASEAN-Vollversammlung per Videokonferenz teil. Das gab der Pressedienst der Repräsentantenkammer bekannt.

Wladimir Andrejtschenko hielt eine Rede zum Thema „Parlamentarische Diplomatie für eine geschlossene und anpassungsfähige ASEAN-Gemeinschaft“. Der Parlamentssprecher betonte die Rolle der ASEAN IPV für die parlamentarische Diplomatie, die Bedeutung der Annäherung der Positionen mit Südostasien in Politik, Wirtschaft, Sozial- und anderen Branchen. Dabei wurde auf den Aufbau des Dialogs im Hinblick sich ständig wachsender

internationaler Probleme hingewiesen.

„Unser Land fördert genauso wie die ASEAN-Staaten Ideen der Kooperation, offener und fairer Gespräche. Genauso wie sie betreiben wir eine unabhängige Außenpolitik für Frieden und stabile Entwicklung, Multilateralität und Diversifizierung von Beziehungen“, betonte der Vorsitzende der Repräsentantenkammer.

Wladimir Andrejtschenko hob hervor, dass Belarus eine zuverlässige Brücke zwischen Osten und Westen sei. „Unser Land unterstützt das Bestreben von ASEAN-Staaten nach Abschluss des Abkommens über freie Handelszone mit der EAWU und will zur Erfüllung dieser Aufgabe beitragen, was Wachstum von Handel und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen nach sich zieht. Nutzbringend für Belarus und ASEAN wird der Austausch von besten Praktiken in IT-Branche sein“, bemerkte Vorsitzender der Repräsentantenkammer.

Zusammenfassend wandte sich Wladimir Andrejtschenko an seine Amtskollegen mit dem Vorschlag, friedliche Initiativen, einschließlich der Initiative des belarussischen Präsidenten über Bildung des Gürtels der digitalen Nachbarschaft, zu unterstützen.

Die interparlamentarische ASEAN-Vollversammlung wurde 1977 gegründet. Ihre Vollversammlungen werden jährlich durchgeführt und umfassen ein breites Spektrum von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Die Kontakte der belarussischen Parlamentarier mit ausländischen Kollegen im Rahmen der ASEAN IPV-Veranstaltungen verleihen dem komplexen Charakter den Beziehungen von Belarus zu den südostasiatischen Ländern Ausdruck und tragen zur Stärkung der Freundschaft und gegenseitigen Verständigung zwischen Völkern bei.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000020\\_1599554406\\_52507\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1599554406_52507_big.jpg)

**nachmittags:**

deu.belta.by: **Sawinych: Proteste in Belarus wurden geplant und aus dem Ausland koordiniert**

Die Proteste in Belarus wurden sorgsam geplant und aus dem Ausland koordiniert. Das sagte der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses für internationale Angelegenheiten im belarussischen Parlament, Andrej Sawinych, während einer Onlinesitzung des PACE-Ausschusses für politische Angelegenheiten und Demokratie, die sich den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen in Belarus widmete.

„Die belarussischen Behörden haben genug Informationen, dass die Proteste nach den Wahlen sehr sorgsam geplant und koordiniert wurden. Über soziale Netzwerke haben die im Ausland sitzenden Koordinatoren die marschierenden Kolonnen in der Hauptstadt in bestimmte Straßen gelenkt. Sie haben in Echtzeit Anweisungen zu Aktionen oder Versammlungen von Personen erteilt. Diese Methoden, die Massen zu bewegen, sind in anderen Ländern während

der Farbrevolutionen mehrmals erprobt worden, zum Beispiel in der Ukraine, in Ägypten usw. Es gab im Ausland mehrere Versuche, sich in innere Angelegenheiten von Belarus einzumischen“, sagte Sawinych.

„Es ist bedauerlich, dass vor diesem Hintergrund einige EU-Staaten sehr schnell zu Einschränkungsmaßnahmen gegriffen haben. Die Sanktionen führen bekanntlich in eine Sackgasse. Das haben wir in unserer Beziehungsgeschichte bereits erlebt. In den letzten Jahren konstruktiver Zusammenarbeit haben wir viel mehr erreicht als in den Jahrzehnten davor, als gegen Belarus Sanktionen und andere Einschränkungen verhängt waren. Dabei gebe ich zu, dass Belarus sein politisches System reformieren muss. Das belarussische Parlament ist bereit, diese Arbeit anzufangen und einen breiten öffentlichen Dialog zu führen. Aber jede Diskussion ist nur dann möglich, wenn sie im Kontext eines gesunden politischen Prozesses und streng nach dem Gesetz geführt wird. Diesen Dialog darf man nicht unter Druck der Straßenproteste oder unter Vermittlung Dritter aufbauen. Sein Ziel soll eine nachhaltige, fortschreitende, konstruktive Entwicklung der belarussischen Gesellschaft und der politischen Ordnung sein.“



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000020\\_1599561126\\_52512\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1599561126_52512_big.jpg)

de.sputniknews.com: **Deutscher Botschafter ins russische Außenministerium einbestellt**  
Russland hat im Fall des mutmaßlich vergifteten Kremlkritikers Alexej Nawalny den deutschen Botschafter in Moskau, Géza Andreas von Geyr, einbestellt. Dies gab die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Dienstag auf Facebook bekannt.

Die Außenamtssprecherin berief sich auf ein Statement des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie der Bundeswehr (InstPharmToxBw). Dieses will es als „zweifelsfrei“ erwiesen haben, dass Nawalny mit einem militärischen Giftstoff vergiftet worden sei. Das Institut weigerte sich jedoch, Details preiszugeben, und verwies dabei auf „Vertraulichkeit“.

„Wie kann von einer Vertraulichkeit die Rede sein, wenn es laut Medienberichten immer mehr Informationsaustausch zwischen der Charité, dem Bundeswehr-Labor, dem britischen Labor Porton Down sowie bulgarischen Institutionen gibt.“

Der Fall sei „zu ernst“, deutsche Offizielle sollten darüber nicht mehr Stillschweigen bewahren.

„Wir erwarten von Berlin die Übergabe aller bestehenden Informationen: sowohl der Ergebnisse von Labor-Untersuchungen der Bundeswehr als auch jeglicher 'Beweise', über die Deutschlands Auswärtiges Amt verfügt“, schrieb Sacharowa.

Der deutsche Botschafter werde im Außenministerium am Smolenskaja-Platz in Moskau erwartet.

„Es ist an der Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen. Denn es ist für alle offensichtlich:

Berlin blufft, indem es ein schmutziges politisches Spektakel begünstigt.“  
Nawalny war nach Erkenntnissen der Bundesregierung in Russland mit dem militärischen Nervengift Nowitschok vergiftet worden und wird derzeit in der Berliner Charité behandelt. Die Ärzte teilten am Montag mit, sein Gesundheitszustand habe sich verbessert. Demnach konnte das durch Medikamente Die Behauptung der Bundesregierung steht im Widerspruch zu den Befunden der russischen Ärzte, die Nawalny zunächst im Omsker Krankenhaus behandelt hatten. Die Omsker Ärzte gaben als vorläufige Diagnose eine Stoffwechselstörung an. Diese soll ein drastisches Absinken des Blutzuckerspiegels verursacht haben. Laut dem leitenden Toxikologen Sibiriens, Alexander Sabaew, wurden in Nawalnys „Entgiftungsorganen“ (Leber, Lungen, Nieren) keine Giftstoffe entdeckt. Im Falle einer Vergiftung jedoch müssten in den genannten Organen Giftspuren festzustellen sein.

**dan-news.info/dnronline.su: Mehrere Tausend Menschen sind heute aus Anlass des 77. Jahrestags der Befreiung des Donbass auf die legendäre Höhe Saur-Mogila gekommen.**

Bei der Veranstaltung war auch die gesamte Führung der DVR unter Leitung des Staatsoberhauptes Denis Puschilin anwesend.

Die Teilnehmer ehrten das Andenken der gefallenen sowjetischen Soldaten mit einer Schweigeminute, danach legten sie Blumen am Denkmal nieder, eine Ehrenwache ließ einen Salut ertönen.

Danach entrollten die Versammelten eine große Stoffbahn in den Farben eines Georgsbandes und brachten sie auf den höchsten Punkt des Komplexes. Dort legten Einwohner der DVR Blumen an den Gräbern der Milizangehörigen nieder, die hier bei der Verteidigung der Höhe gegen die ukrainischen Truppen im Sommer 2014 gefallen waren. An der gesamten Strecke standen auf beiden Seiten der Kundgebungsteilnehmer Jungarmisten, die Bilder von Gefallenen hielten.

Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin wandte sich an die Anwesenden:

„Sehr geehrte Einwohner der Donezker Volksrepublik! Liebe Veteranen! Ich gratuliere Ihnen zum Jahrestag der Befreiung des Donbass von den faschistischen deutschen Besatzern! Vor 77 Jahren befreiten unsere Großväter den Donbass. Im Sommer 1943 war es auf Saur-Mogila schrecklich. Sowjetische Truppen griffen den Feind bei einer geschlossenen Feuerlinie an, sie hielten stand und besiegten den Faschismus! Heute ehren wir das Andenken derer, die nicht nach Hause zurückgekehrt sind“, sagte Denis Puschilin.

„Die Legendäre Höhe war 1943 wie auch 2014 eine Linie, der Beginn der Befreiung des ruhmreichen Donezker Gebiets. Jedes Stück dieser Erde ist mit dem Blut unserer Landsleute getränkt. Wir werden alles uns Mögliche tun, damit die zukünftigen Generationen diese Heldentat nicht vergessen! Die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg, an seine Wahrheit ist unser Gewissen und unsere Verantwortung. Wir sind verpflichtet, dafür zu kämpfen und sie zu verteidigen. Wir werden auch weiter das Andenken an den Heldenmut der sowjetischen Soldaten unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln weitergeben.

Ruhm den Befreierhelden! Zum Feiertag!“, sagte Denis Puschilin weiter.

Im Rahmen der Feierlichkeiten legten etwa 600 Jungarmisten ihr Gelöbnis auf die Treue zur Republik ab. Anwesend waren neben Denis Puschilin der Leiter der Volksmiliz der DVR Generalmajor Denis Sinenkow und sein Stellvertreter Eduard Basurin, der Leiter des Zentralstabs der Bewegung Wiktor Dudak und die Eltern der Jungarmisten sowie tausende weitere Teilnehmer der heutigen Veranstaltungen.



[https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/09/dan-news.info-2020-09-08\\_11-16-27\\_043122---59-1024x678.jpg](https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/09/dan-news.info-2020-09-08_11-16-27_043122---59-1024x678.jpg)



[https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/09/dan-news.info-2020-09-08\\_11-16-54\\_618098---67-1024x683.jpg](https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/09/dan-news.info-2020-09-08_11-16-54_618098---67-1024x683.jpg)

### Rusvesna.su: **Lukaschenko erklärte, warum er nicht mit der Opposition sprechen wird**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko erklärte, warum er nicht mit Vertretern des „Koordinierungsrates“ sprechen werde, der behauptet, oppositionelle Bestrebungen in der Republik zu akkumulieren und zu vertreten.

„Ich werde nicht mit dem Koordinierungsrat der Opposition sprechen, weil ich nicht weiß, wer diese Leute sind. Sie sind keine Opposition.

Alles, was sie anbieten, ist eine Katastrophe für Belarus und das belarussische Volk.

Sie wollen alle unsere Verbindungen zum brüderlichen Russland abbrechen, sie wollen, dass wir für Bildung und Medizin zahlen müssen. Sie wollen, dass unsere Industriebetriebe zerstört werden und die Arbeiter arbeitslos werden!“, wird Lukaschenko wird vom Chefredakteur des Moskauer Radiosenders „Goworit Moskwa“ Roman Babajan zitiert, der zusammen mit anderen russischen Journalisten an der Aufzeichnung eines langen Interviews mit dem belarussischen Präsidenten teilgenommen hat.



[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/lukashenko\\_42.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/lukashenko_42.jpg)

### deutsch.rt.com: **Startschuss für Sputnik V: Erster russischer Corona-Impfstoff geht in zivilen Umlauf**

Die erste Tranche des russischen Corona-Impfstoffes Sputnik V wurde in zivilen Umlauf gebracht. Demnächst sollen erste Dosen des Vakzins in die Regionen Russlands geliefert werden, verlautete es am Dienstag aus dem russischen Gesundheitsministerium.

Laut der Erklärung des Pressedienstes der Behörde wurden alle notwendigen Labortests des Präparats abgeschlossen, das am Moskauer Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie entwickelt wurde, teilte die Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit.

Das Vakzin mit dem Produktionsnamen "Gam-COVID-Vac Lyo", das inzwischen besser als Sputnik V bekannt ist, wurde als weltweit erster Impfstoff gegen das Coronavirus in Russland im August dieses Jahres registriert. Im Laufe seiner klinischen Tests löste die Impfung bei 100 Prozent der Probanden eine humorale und zelluläre Immunantwort aus und versuchte bei keinem der Kriterien schwerwiegende unerwünschte Erscheinungen. Dabei lagen die Werte der virusneutralisierenden Antikörper bei geimpften Probanden um 1,4- bis 1,5-mal höher als die Antikörperwerte bei genesenen COVID-19-Patienten.

Zuvor hatte sich der Moskauer Bürgermeister Sergei Sobjanin zur möglichen Frist des Beginns der Massenimpfungen geäußert. Ihm zufolge könnte es bereit Ende dieses bzw. Anfang nächsten Jahres so weit sein, wobei an erster Reihe die russischen Staatsbürger aus den Risiko-Gruppen geimpft werden sollen. Bis dahin sollte die Massenproduktion von Sputnik V laut Sobjanin bereits in vollem Gange sein.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.09/article/5f575039b480cc1cfe238fd3.JPG>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 08.09.2020**  
In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben von Beobachtern der DVR im GZKK **fünf Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

Kämpfer der 36., 56. und 79. Brigade der BFU verübten **nicht zielgerichtete Feuerprovokationen** unter Einsatz von automatischen Granatwerfern und Schusswaffen in Richtung **Sachanka, Spartak** und der **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks**.

Die Schüsse waren nicht zielgerichtet und stellten keine Bedrohung für das Leben unserer Soldaten und örtlicher Einwohner dar. Die Einheiten der Volksmiliz ihrerseits sind auf diese Provokationen nicht eingegangen, haben das Feuer nicht eröffnet, den Gegner beobachtet und streng das Regime der Feueereinstellung eingehalten.

Außerdem haben unsere Beobachter die **Durchführung von technischen Arbeiten** durch Kämpfer aus der 53. Brigade der BFU **in den Gebieten von Bogdanowka und Nowoselowka Wtoraja** bemerkt.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde auf den Positionen des 1. Bataillons der 79. Brigade eine Detonation festgestellt, vermutlich auf einem Minenfeld, das Kämpfer der BFU im Gebiet von Krasnogorowka eingerichtet haben.

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus sowie um zu verhindern, dass die Volksmiliz der Provokationen beschuldigt wird, wurde die ukrainische Seite im GZKK operativ über diese Fälle in Kenntnis gesetzt.

Entsprechend der Liste der Zusatzmaßnahmen zur Einrichtung und Aufrechterhaltung des Regimes der Feueereinstellung ist die ukrainische Seite verpflichtet, Disziplinarmaßnahmen gegen den Kommandeur der 36. Marineinfanteriebrigade Gnatow, der 56.

Panzergrenadierbrigade Iwanow, der 79. Luftsturmgruppe Luzenko und der 53.

mechanisierten Brigade Titenko einzusetzen und danach den Koordinator der Kontaktgruppe über diese in Kenntnis zu setzen.

Unsere Aufklärung bemerkt Fälle der **Stationierung von Waffen und Militärtechnik durch Einheiten der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium, was eine Verletzung des dritten Punkts der erreichten Vereinbarungen ist und Leben und Gesundheit örtlicher Einwohner gefährdet.

In den letzten 24 Stunden wurde die Stationierung von sieben Stück Technik aus dem Bestand der 79., 53. und 56. Brigade der BFU auf dem Territorium privater Häuser in Slawnoje, Bogdanowka, Peski, Tschisty Kljutsch und Karlowka festgestellt.

Außerdem haben Kämpfer der 53. Brigade **fünf neue Positionen im Gebiet von Starognatowka ausgerüstet und 270 Meter Schützengräben im Gebiet von Nowogrigorowka gegraben**.

Diese Sachverhalte werden auch von der OSZE-Mission im offiziellen Bericht vom 07.09.2020 bestätigt.

Nach unseren Informationen wurden **infolge der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen** auf den Positionen der 79., 35. und 54. Brigade der BFU, was zu Bränden in den Gebieten von Sajzewo, Nowgorodskoje und Awdejewka geführt hat, **12 Kämpfer verletzt**. Um das Bekanntwerden dieser Information zu vermeiden, hat das Kommando der OOS den Mitarbeitern der medizinischen Einrichtungen verboten, Diagnosen der sich in Behandlung befindlichen Soldaten an deren Verwandte mitzuteilen.

Außerdem hat der militärische Rechtsordnungsdienst, der Ermittlungen zu jedem Fall von Bränden von trockenem Gras auf den Positionen der BFU durchführt, festgestellt, dass die Kommandeure der Einheiten versuchen, fehlende Waffen, Munition und militärisches Material als infolge von Bränden vernichtet abzuschreiben.

Inzwischen wurden gegen acht Kämpfer der 35. und 54. Brigade der BFU Strafverfahren

wegen vorsätzlicher Brandstiftung aufgenommen.

Außerdem wurde uns bekannt, dass dem Soldaten der 54. Brigade Pantschenko durch die Detonation einer Signalarakete in der Hand diese abgerissen wurde. Bei der Ermittlung wurde festgestellt, dass der Kämpfer durch den Start der Signalarakete versucht hatte, trockenes Gras in der Nähe der Positionen im Gebiet von Awdejewka in Brand zu setzen.

Außer Bränden füllen weiter **Fälle von nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen**

**Beziehungen** zwischen Soldaten die Liste der nicht kampfbedingten Verluste der BFU auf. So beschloss in der 36. Brigade der BFU der Wachführer Fadejew, dem auf dem Posten eingeschlafenen Wachposten Sitenko unbemerkt die Maschinenpistole wegzunehmen. Beim Wegnehmen der Waffe wachte Sintenko auf und leistete aktiven Widerstand, dabei ging ein Schuss los. Sintenko wurde mit einer Schussverletzung am Bein und Fadejew mit einem Schlüsselbeinbruch in das Militärhospital von Mariupol eingeliefert.

Die Einheiten der Volksmiliz der DVR bewachen weiter aufmerksam die Grenzen unserer Republik und halten streng das Regime der Feuereinstellung ein.

Im Namen der Volksmiliz der DVR gratuliere ich allen Einwohnern herzlich zum Tag der Befreiung des Donbass von den faschistischen deutschen Besatzern.

Wir wünschen Ihnen Glück, einen friedlichen Himmel über dem Kopf und versichern, dass die Volksmiliz wie unsere Großväter im weit entfernten Jahr 1943 einen Sieg des Faschismus in Donbass in allen seinen heutigen Erscheinungen nicht zulassen werden.

#### deu.belta.by: **Sawinych zeigt sich erstaunt über Reaktion internationaler Partner auf Geschehnisse in Belarus**

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses für internationale Angelegenheiten im belarussischen Parlament, Andrej Sawinych, hat im Anschluss an die Onlinesitzung des PACE-Ausschusses für politische Fragen und Demokratie sein Erstaunen darüber zum Ausdruck gebracht, dass die internationalen Partner des Landes keine Ahnung davon haben, was heute in Belarus wirklich passiert.

„Dass unsere internationalen Partner die aktuelle Lage in Belarus nicht begreifen können, überrascht mich. Sie gehen von den eigenen Vorstellungen und politischen Erfahrungen in ihren Ländern aus und transferieren diese auf den belarussischen Boden. Ich habe meinerseits versucht zu erklären, dass sich Belarus um die Entwicklung demokratischer Normen und Institute bemüht, dies allerdings im Interesse seiner Staatsbürger und einer stabilen politischen Entwicklung tut“, sagte Sawinych.

Belarus trete entschieden gegen jede externe Finanzierung von Straßenprotesten ein, unter anderem also gegen die Einrichtung etwaiger Fonds. „De facto führt das zum Handlungsmodell ‚Proteste gegen Bezahlung.‘ So schaffen wir keine Stabilität im Land, ganz im Gegenteil: Es wächst das soziale Misstrauen, die demokratischen Traditionen werden nicht gepflegt. Eine externe Einmischung in innere Angelegenheiten mit dem Ziel einer alternativlosen Machtübergabe an Dritte lehne ich ab und halte das für absurd. Die Staatsmacht in Belarus arbeitet stabil im Interesse der ganzen Gesellschaft, im Interesse einfacher Menschen. Wir werden nach wie vor zu unserer sozialen Politik stehen“, sagte Sawinych.

Der Ausschussvorsitzende erklärte den europäischen Partnern, dass Belarus an einem breiten nationalen Dialog interessiert ist, an einem Dialog mit einer maximalen Zahl legitimer Organisationen und Vereinigungen und dem Ziel, das politische System in Belarus zu modernisieren. „Dieser Dialog kann zu allen Fragen geführt werden, die die Gesellschaft heute aufwirft. Logischerweise soll er mit einer Verfassungsreform, sprich mit der politischen Modernisierung, enden. Wir reden vor allem über die Veränderungen der Wahlgesetzgebung und der Gesetze über Großveranstaltungen, über eine stärkere Rolle politischer Parteien. Ein solcher Dialog muss in einen öffentlichen Meinungs austausch münden. Er wird Bedingungen für die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes herbeiführen“, stellte er fest.

Der Abgeordnete fügte hinzu: „Wir würden es begrüßen, wenn unsere internationalen Partner uns in diesem Dialog unterstützen würden, auch als Berater. Dafür müssen sie aber gewillt sein, eine offene, ausgewogene, freundliche und respektvolle Beteiligung an diesem Prozess sicherzustellen“, präzisierte er.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000020\\_1599568069\\_52516\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1599568069_52516_big.jpg)

#### de.sputniknews.com: „Keine Spuren von 'Nowitschok'-Vergiftung“: Omsker Arzt zu Fall Nawalny

Laut Alexander Sabajew, dem leitenden Toxikologen des Föderalen Kreises Sibirien, hat das Nervengift „Nowitschok“ definitiv nicht zu einer Verschlechterung des Zustands von Alexej Nawalny führen können. Ihm zufolge gibt es keine Spuren einer derartigen Vergiftung.

Alle Laboruntersuchungen an biologischem Material, das dem Patienten entnommen wurde, seien in Fachlabors in Omsk und in den föderalen Einrichtungen durchgeführt worden, sagte Sabajew, der im Omsker Krankenhaus die Abteilung zur Behandlung akuter Vergiftungen leitet, gegenüber Journalisten am Dienstag. Es seien keine einfachen Studien gewesen: Man habe sowohl nach den möglichen Substanzen selbst als auch nach den Zerfallsprodukten gesucht, hieß es weiter.

„Die Untersuchung wurde im Büro für Forensik durchgeführt. Es handelt sich um Geräte der Expertenklasse, daher ist es unmöglich, ihnen hier nicht zu vertrauen. Dies ist eine Ausrüstung aus der US-Produktion“, sagte der Omsker Toxikologe. Die Empfindlichkeit der Geräte sei sehr hoch, fügte er hinzu.

Sabajew betonte auch, dass die Omsker Ärzte keine Daten über den Zustand von Nawalny von Kollegen aus Deutschland erhalten hätten.

„Am 23. (August – Anm. d. Red.) ging eine Initiative von unserer Seite aus, bei der es sich um die Bereitstellung von Daten sowohl von uns als auch von deutschen Ärzten handelte.

Aber da, am 23. August, endete unsere Kommunikation“, sagte der Arzt. Er stellte klar, dass die deutschen Ärzte sich nicht mehr gemeldet hätten.

#### Mil-Inr.info: Erklärung des Offiziers der Volksmiliz der LVR A.N. Masijkin am 8. September 2020

Nach Angaben der Beobachter der LVR im GZKK wurde in den letzten 24 Stunden **eine Verletzung der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

Gestern haben Kämpfer des 2. Bataillons der 14. Brigade auf persönlichen Befehl des Brigadekommandeurs Wojtschenko von den Positionen im Gebiet von **Nowotoschkowskoje** nicht zielgerichtet das Feuer mit einem großkalibrigen Maschinengewehr in Richtung Golubowskoje eröffnet, um die Einheiten der Volksmiliz zur Erwiderng des Feuers zu

provozieren. Weil keine Gefahr für das Leben unserer Soldaten und örtlicher Einwohner bestand, haben die Einheiten der Volksmiliz das Feuer nicht eröffnet und streng das geltende unbefristete Regime der Feuereinstellung eingehalten.

Das ukrainische kriminelle Kommando der ukrainischen Streitkräfte setzt die üble Praxis der **Stationierung von Militärtechnik und verbotenen Waffen in der Nähe von Wohnhäusern** fort und gefährdet so das Leben der Zivilbevölkerung.

Nach Angaben unserer Aufklärung haben Soldaten der 25. Brigade auf Befehl des Kommandeurs des 2. Fallschirmlandeбатаillons Suschtschenko zwei Panzertransporter in einem Wohngebiet von Stschatje stationiert, Soldaten aus dem benachbarten 1. Bataillon der 14. Brigade haben auf Befehl des Bataillonskommandeurs Krawtschenko zwei Panzertransporter auf dem Gebiet von von örtlichen Einwohnern verlassenen Häusern von Krjakowka stationiert. Dabei stört die Kriegsverbrecher nicht, dass in der Nähe der stationierten Militärtechnik Wohnhäuser örtlicher Einwohner liegen.

Das Kommando der Volksmiliz ruft die OSZE-Mission auf, Maßnahmen zur Verhinderung der Stationierung von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Wohnhäusern und Objekten der zivilen Infrastruktur zu ergreifen.

### de.sputniknews.com: „Wahrscheinlich zu lange im Amt“ – Lukaschenko im Interview mit russischen Journalisten

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat während des Interviews mit russischen Journalisten zugegeben, dass er „wahrscheinlich ein bisschen zu lange“ im Amt ist. „Ja, ich bekleide meinen Posten wahrscheinlich ein bisschen zu lange. Man zeigt mich möglicherweise nicht nur im Fernsehen, sondern auch aus jedem Bügeleisen und Teekessel. Aber jetzt kann nur ich Weißrussland schützen“, sagte Lukaschenko gegenüber den russischen Journalisten.

Das Interview mit den russischen Journalisten, darunter der Chefredakteurin von Sputnik und RT Margarita Simonjan, fand heute im Palast der Unabhängigkeit in Minsk statt.

Wie einer der Journalisten, Roman Babajan von Radio „Govorit Moskwa“, mitteilte, schloss Lukaschenko während des Interviews die Neuwahlen nach einer Verfassungsreform in Weißrussland nicht aus.

Lukaschenko zufolge brauchen die Organisatoren der Proteste „nicht Weißrussland, sondern Russland“.

Die Journalisten stellten Lukaschenko auch Fragen über die Handlungen von Sicherheitsbeamten während der Proteste.

„Er sagte, dass dies die ersten Emotionen dieser Zeit waren. Wie Lukaschenko sagte, könne man den Sicherheitsbeamten nichts verübeln, weil sie das eigene Land vor einem Blitzkrieg schützten. Dies ist seine wahre Position“, sagte Ewgeni Roschkow, ein Journalist des TV-Senders Rossija 1.

Im Zuge des Interviews gab Lukaschenko auch zu, dass ihm die Proteste einerseits „psychologisch schwergefallen“ seien, andererseits verstehe er, dass ein Teil der Bürger vergessen habe, wie Weißrussland vor 20 Jahren ausgesehen habe. ...



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/08/327897008\\_0:336:3166:2048\\_1000x080\\_0\\_1\\_3d1549deda24407a090ae2c3660958b6.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/08/327897008_0:336:3166:2048_1000x080_0_1_3d1549deda24407a090ae2c3660958b6.jpg)

### deu.belta.by: **Chefredakteur des Rundfunks „Goworit Moskwa“ spricht über die Ereignisse in Belarus**

Jemand will immer beliebige Proteste erzwingen. Es gibt unbedingt interessierte Personen. Diesen Standpunkt äußerte der Chefredakteur des Rundfunks „Goworit Moskwa“ (dt. Es spricht Moskau) Roman Babajan.

„Es ist kein Geheimnis, dass wir Belarus und Belarussen gegenüber wie zu nahen Menschen stehen. Wir sind über die Ereignisse in Belarus beunruhigt. Wir verfolgen aufmerksam die Entwicklung und wollen nicht, dass ein ukrainisches Szenario in Belarus wiederholt wird“, sagte Roman Babajan.

Der Leiter des Rundfunksenders bemerkte, dass die Proteste hauptsächlich sonntags fortgesetzt werden und ihr massenhafter Charakter nachlässt. „Dabei beobachten wir einen stabilen Alltag und das freut uns. Es gibt keine naiven Menschen. Wir verstehen, dass jemand immer beliebige Proteste erzwingen will und sich immer Menschen finden, die daran interessiert sind“, erklärte er.

Roman Babajan zufolge wurden ähnliche Ereignisse schon in Jugoslawien am Ende der 1990er Jahre beobachtet. Diese Technologien waren damals für Journalisten und Gesellschaft unbekannt. Er zog Vergleiche zwischen der Lage in Jugoslawien, der Ukraine, jüngsten Ereignissen in Georgien und in Belarus. Sie weisen Gemeinsamkeiten auf, unterscheiden sich nur durch die Farbe von Luftballons und Bändern. Das sei dieselbe Technologie, die sehr viele Menschen immer einzusetzen versuchen, so der Chefredakteur von „Goworit Moskwa“.

Dem belarussischen Präsidenten zufolge will man eben durch Belarus gegen Russland vorgehen. „Ich stimme seiner Meinung absolut zu“, fügte Roman Babajan hinzu.

Wie bereits mitgeteilt wurde, gab der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko am 8. September Interview für russische Massenmedien. Die Veranstaltung fand im Unabhängigkeitspalast statt. Der belarussische Staatschef wurde von der Chefredakteurin des internationalen Fernsehsenders Russia Today Margarita Simonjan, Berichterstatter des „Ersten Fernsehsenders“ Anton Wernizki, Moderator des Fernsehprogramms „Westi“ (dt. Nachrichten) bei „Rossija 1“ Jewgeni Roshkow, Chefredakteur des Rundfunks „Goworit Moskwa“ (dt. Es spricht Moskau) Roman Babajan interviewt.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000020\\_1599571639\\_52518\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1599571639_52518_big.jpg)

### de.sputniknews.com: **Lettland lädt weißrussische Oppositionelle zu medizinischer Gratis-Behandlung ein**

Die Parlamentssekretärin des lettischen Außenministeriums, Zanda Kalnina-Lukaševica, hat bekanntgegeben, dass die Behörden des Landes 50.000 Euro für die ärztliche Behandlung weißrussischer Oppositioneller in Lettland bereitstellen können.

„Lettland plant, weißrussischen Aktivisten medizinische Behandlung zukommen zu lassen. Die Regierung kann am Dienstag die Bereitstellung von 50.000 Euro beschließen, um es etwa zehn Menschen aus Weißrussland zu ermöglichen, sich in Lettland behandeln zu lassen“, schrieb Kalnina-Lukaševica auf Twitter.

Wie sie in einem Interview mit dem Portal des öffentlichen Rundfunks und Fernsehens Lettlands, LSM.lv, sagte, sei Lettland bereit, für weißrussische Aktivisten Visa auszustellen, damit sie in das Land einreisen und um politisches Asyl bitten könnten.

„Wir werden ihnen Beistand leisten. Sie werden hierher kommen können, ohne Asyl zu beantragen, um sich hier vorübergehend - etwa einen Monat lang – aufzuhalten und sich behandeln zu lassen und zu Kräften zu kommen“, sagte Kalnina-Lukaševica. Sie fügte hinzu, dass einige von ihnen schon in den nächsten Tagen zusammen mit ihren Angehörigen kommen könnten.

Zuvor hatte Litauens Innenministerin Rita Tamašunienė per Erlass die Einreise von 30 weißrussischen Bürgern, auch von Präsident Alexander Lukaschenko, verboten. Die Außenministerien Lettlands und Estlands verkündeten gleiche Sanktionsmaßnahmen. Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko erklärte seinerseits, der Handelsverkehr könnte von baltischen Häfen in Richtung russischer Häfen umgeleitet werden. Das wäre „etwas nachteilig“, aber man könnte die Tarife regeln. Lukaschenko behauptete ferner, dass „erfahrenere Länder“ den baltischen Staaten befohlen hätten, mit Kritik an Minsk zu beginnen. ...

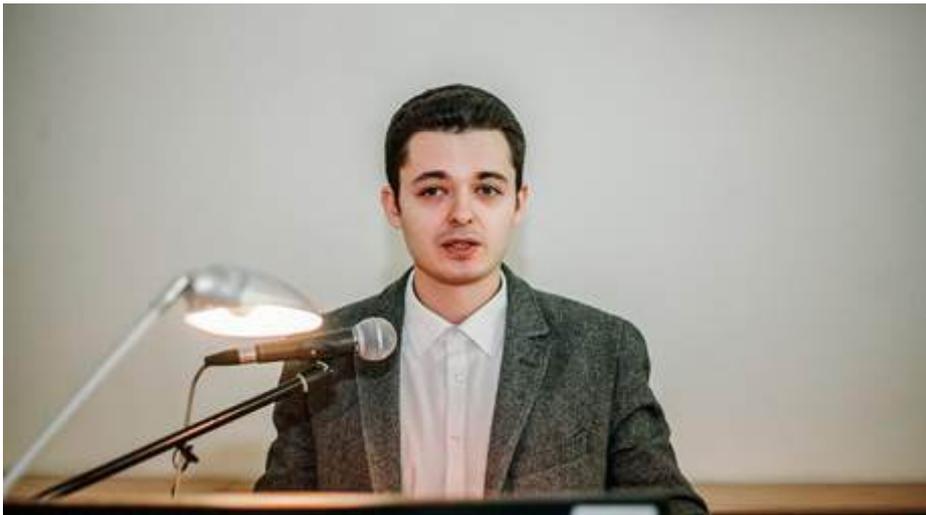
### deu.belta.by: **Aufrufe zum Boykott belarussischer Waren sind in Russland zum Scheitern verurteilt**

In Russland sind alle Aufrufe zum Boykott belarussischer Produkte einfach zum Scheitern verdammt. Das sagte Vizedirektor des Instituts für strategische Studien und Prognosen an der Russischen Universität der Völkerfreundschaft (RUDN), Pawel Feldman, der Nachrichtenagentur BelTA.

„In Russland können solche Aufrufe nur bei einzelnen Personen Unterstützung finden, bei

eingefleischten Verfechtern pro-westlicher liberaler Ideologien, die ihren eigenen Staat und seine internationalen Partner demonstrativ in den Dreck ziehen“, sagte Feldman. „Solche Versuche werden in Russland hundertprozentig scheitern. Denn belarussische Waren sind in Russland sehr beliebt und gefragt. Das sind Qualitätsprodukte, sauber, umweltfreundlich und hergestellt nach strengen GOST-Qualitätsnormen. Ich liebe belarussische Lebensmittel, viele in Russland bevorzugen Waren aus Belarus und kaufen sie gern und viel ein. Deshalb sind solche Appelle völliger Unsinn.“

Was man heute beobachten könne, seien Versuche, die belarussische Wirtschaft zum Zusammenbruch zu bringen. Destruktive Technologien seien mit Telegram-Kanälen ein Stück weiter vorangeschritten. „Gleich nach den Wahlen brauchte man dringend ein sakrales Opfer, um die belarussische Staatsmacht der Weltöffentlichkeit als einen Tyrannen darzustellen. Das war nicht gelungen. Daraufhin begannen die sogenannten friedlichen Proteste: auf den Bänken gestanden, auf Plätzen gerufen. Wieder Fehlanzeige. Der nächste Schritt war gegen die einfachen Werktätigen gerichtet. Man wollte der Mehrheit der Bevölkerung das Leben so schwer machen wie es nur ging. Deshalb ruft man die Arbeiter zum Streik auf, zum Boykott. Die Situation wird langsam politisch angespannt. Die Opposition handelt nach dem bewährten Prinzip jeder Revolution: je schlechter desto besser. Besser für wen? Für die Revolution, für sie selbst? Ihr Ziel ist es, die einfachen Menschen in die wirtschaftliche Klemme zu zwingen, damit sie nicht die Protestbewegung sondern die Staatsmacht beschuldigen. Diese Technologie ist die wirksamste von allen, denn man braucht wenig, um die wirtschaftliche Stabilität zu unterminieren.“



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000022\\_1599573418\\_52519\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1599573418_52519_big.jpg)

de.sputniknews.com: **Lukaschenko: Weißrussisches Szenario auch in Russland möglich**  
Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko hat in einer Stellungnahme zu den Massenprotesten in der Republik davor gewarnt, dass Ähnliches auch in Russland passieren könnte. Lukaschenko gewährte am Dienstag in Minsk dem russischen TV-Journalisten Anton Wernizki und seinen drei Kollegen ein Interview.

„... Ihr solltet nicht denken, dass etwas Ähnliches in Russland nicht passieren könnte“, zitiert der Journalist Lukaschenko auf seinem Instagram-Kanal. ...

**abends:**

deu.belta.by: **Ich lasse mir von niemandem kaputt machen, was wir in Belarus über Generationen aufgebaut haben**

Im Interview mit den russischen Medien hat der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko heute gesagt, dass er niemandem erlauben wird, das kaputt zu machen, was man in Belarus über Generationen aufgebaut hat.

Er habe keine Milliarden in seiner Geldbörse wie Poroschenko (ehem. ukrainischer Präsident), gab der belarussische Staatschef zu. „Ich könnte sonst wie er handeln, auch wenn dieser Gedanke, der manchmal durch meinen Kopf schießt, unwahrscheinlich ist. Ich habe keine Angst... Jeder ist sterblich. Ich weiß auch nicht, wann mich der Herrgott rufen wird. Eines Tages werde auch ich gehen, aber ich lasse niemanden das kaputt machen, was die Menschen hier in Belarus über Generationen geschaffen haben. Das ist heute der Sinn meines Lebens.“

„Junge Leute wissen gar nicht, wie es vor 25 Jahren war. Aber auch diejenigen, die es noch wissen, schätzen es nicht mehr. Kränkt diese Tatsache sie wirklich?“, fragte einer der Journalisten.

„Ja, das ist bitter“, erwiderte der Präsident. „Das kränkt mich, das ist auch sehr tragisch. Aber ich lasse meinen Kopf nicht hängen, denn ich habe eine philosophische Art, die Dinge zu betrachten. Wir haben mit unseren Händen ein Land aufgebaut, das ich verteidigen soll. Ich soll jene Menschen in Schutz nehmen, die das alles aufgebaut haben, diese überwiegende Mehrheit, die für mich abgestimmt hat. Sie müssen mich jeden Tag erleben und sind meiner vielleicht etwas überdrüssig. Aber sie haben mich unterstützt. Sie sind der Sinn meines Lebens.“

Auf die Frage, was ihm nach den letzten Geschehnissen in Belarus am Wichtigsten sei, erwiderte Lukaschenko: „Ehrlich gesagt weiß ich das nicht. Das ist schwer zu sagen. Das sind meine Kinder und die Kinder jener Menschen, die zu mir stehen. Was mich in dieser Situation noch am Leben hält, ist der folgende Gedanke: Wenn Lukaschenko jetzt auf einmal zusammenbrechen würde, würde das ganze System zusammenbrechen und Belarus würde darauf folgen. Belarus würde sehr weit abgeschoben werden. Vielleicht hätte ihm irgendjemand den Rücken gestärkt. Aber wenn das passieren würde, wäre die Lage sofort sehr schwer. Und diese Jungs – die ganzen Soldaten und Sicherheitsmänner, alle, die mir zur Seite stehen – wie sind denn sie daran schuld? Man würde auf sie mit Messern einstechen, man würde sie in Stücke zerreißen...“



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000019\\_1599581711\\_52521\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1599581711_52521_big.jpg)

deutsch.rt.com: „Im Dienst eines schmutzigen politischen Gewusels“: Moskau zur Nawalny-Erklärung der Bundeswehr

Mit seinem Vorgehen im Fall Nawalny blufft Berlin und stellt sich in den Dienst eines schmutzigen politischen Gewusels, erklärte die Sprecherin der russischen Außenministeriums

Marija Sacharowa. Dazu müsse nun der deutsche Botschafter in Moskau eine Erklärung abgeben.

In einer am Dienstag veröffentlichten Mitteilung nahm das Außenministerium Stellung zu der lautstarken Erklärung des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie der Bundeswehr (InstPharmToxBw), laut der ein Labortest „zweifelsfrei“ Nowitschok-Spuren in den Proben des russischen oppositionellen Politikers bestätigt habe. Aus Gründen der Vertraulichkeit weigerte sich das Institut jedoch, nähere Details zu den Hintergründen eines solchen Befundes vorzulegen. Die Einrichtung erteilte ebenso keine Erlaubnis für Video- und Interviewaufnahmen mit den Mitarbeitern des InstPharmToxBw.

Den Vorwand der Vertraulichkeit der Labordaten hielt Sacharowa für unglaubwürdig, indem sie sagte:

„Von welcher Vertraulichkeit kann man überhaupt reden, wenn laut Medienberichten der Datenaustausch zwischen der Charité, dem Bundeswehrlabor, dem britischen Labor Porton Down und bulgarischen Einrichtungen an Fahrt zunimmt? Und all das gelangt in den Besitz solcher Whistleblower-Plattformen wie Bellingcat.“

Sacharowa erinnerte auch daran, dass Bundesaußenminister Heiko Maas im Interview mit deutschen Medien „zahlreiche Nachweise“ der Mitwirkung Russlands an dem angeblichen Giftanschlag gegen Alexei Nawalny angesprochen habe. In diesem Zusammenhang argumentierte sie:

„Diese Angelegenheit ist viel zu ernst, als dass man Deutschlands Spitzenvertreter auch weiterhin alle Informationen hätte für sich behalten lassen.“

Moskau appellierte ferner an die deutschen Kollegen, alle verfügbaren Erkenntnisse mitzuteilen, die in der Sache relevant seien, darunter die Laborbefunde der Bundeswehr sowie jene „Nachweise“, auf die sich das deutsche Auswärtige Amt beruft. Sacharowa gab außerdem bekannt, dass der deutsche Botschafter in Moskau in Verbindung mit den Anschuldigungen aus Berlin ins russische Außenministerium vorgeladen wurde. Sie sagte: „Es ist an der Zeit, die Karten offen auf den Tisch zu legen. Denn alle sehen ein: Berlin blufft und stellt sich in den Dienst eines schmutzigen politischen Gewusels.“

Am 2. September teilte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach einer außerordentlichen Sitzung des Sicherheitskabinetts im Kanzleramt mit, dass Nawalny mit einem Nervengift aus der Nowitschok-Gruppe vergiftet worden sei. Dieser Befund basiere auf der Auswertung des toxikologischen Speziallabors der Bundeswehr.

Anschließend forderte die Bundesregierung die russische Regierung auf, das mutmaßliche Verbrechen umgehend aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Sie drohte, den Fall auf die internationale Agenda zu setzen, sollte Russland dieser Aufforderung nicht nachkommen. Viele deutsche Politiker beschuldigen den russischen Präsidenten persönlich des Mordversuches und fordern den Baustopp des milliardenschweren Pipelineprojekts Nord Stream 2.

Russland bestreitet die Vorwürfe als „absurd“ und wirft Berlin eine Behinderung der Untersuchung vor. Russische Vertreter, wie zuletzt die Sprecherin des Außenministeriums Marija Sacharowa, weisen auf das Rechtshilfegesuch der russischen Generalstaatsanwaltschaft vom 27. August hin, das bislang unbeantwortet blieb.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.09/article/5f579ecf48fbef4c04325ca3.jpg>

sputnik.by: **Die Miliz hat bei eine nicht genehmigten Kundgebung in Minsk Festnahmen durchgeführt**

Die Teilnehmer der Aktion zur Unterstützung von Maria Kolesnikowa versammelten sich in der Nähe des Eingangs zum Komarowskij-Markt und skandierten: "Gib Mascha zurück!" Polizeibeamte nahmen Teilnehmer der Kundgebung fest, die das ein Mitglied des Präsidiums des Koordinierungsrates der belarussischen Opposition Maria Kolesnikowa unterstützen, teilte die Polizei der Hauptstadt Sputnik mit.

Am Dienstagabend fand in der Nähe des Komarowskij-Marktes eine Kundgebung zur Unterstützung der Politikerin statt. Die Teilnehmer der Aktion versammelten sich auf dem Platz in der Nähe des Marktes und riefen "Schande!" und "Gib Mascha zurück!"

„Ab 19:00 Uhr wurden im Rahmen des Verwaltungsverfahrens mehrere Personen wegen Teilnahme der nicht genehmigten Aktion festgenommen“, sagte Natalja Ganusewitsch, eine offizielle Vertreterin der Polizeibehörde der Stadt Minsk.

Ihr zufolge wurden die Demonstranten gewarnt, dass die Veranstaltung illegal sei.

Die Festgenommenen wurden zur Untersuchung in eine Polizeidienststelle in Minsk gebracht. Ganusewitsch stellte klar, dass es sich um zehn Bürger handelt, darunter sowohl Männer als auch Frauen.

Kolesnikowa wurde gestern Abend an der belarussisch-ukrainischen Grenze festgenommen und befindet sich vermutlich in der Mozyr-Grenzabteilung. Gegen sie wird ein Verfahren eingeleitet.